

ÖFFENTLICHER RAUM, STADTPLANUNG UND URBANES LEBEN

Positionen der JUSO Stadt Zürich

EINLEITUNG

Nach dem Befreiungsschlag der 1980er-„Bewegig“ setzte in der Stadt Zürich eine allgemeine gesellschaftliche Liberalisierung ein. Dies unter anderem dank einer zumindest zeitweise entspannteren Drogenpolitik nach Platzspitz- und Letten-Räumung und einer lockereren Gastro-Gesetzgebung. Die kalte Betonwüste aus „Züri brännt“ ist inzwischen zu einem Party-Mekka mit vollem Event-Kalender geworden. Damit einher geht ein Lebensstil – von Stadtpräsident Elmar Ledergerber gerne „mediterran“ genannt – bei dem sich das Leben der Menschen in Zürich viel mehr als noch vor zwanzig Jahren nicht nur in den eigenen vier Wänden abspielt, sondern auch im öffentlichen Stadtraum.

Dies macht den öffentlichen Raum in unserer Stadt zu einem zentralen Schauplatz des (Zusammen-) Lebens, wo exemplarisch gesellschaftliche Konflikte ausgetragen werden, die politische Fragen stellen und politische Antworten einfordern: Wie stark darf eine kommerzielle Ästhetisierung à la City-Vereinigungs-Teddybären auf den öffentlichen Raum übergreifen? Wie viel farbiges städtisches Leben opfert man einer Fixierung auf Sicherheit und Sauberkeit im Sinne von „Erlaubt ist, was nicht stört“ und Wegweisungsartikel?

Diese im öffentlichen Stadtraum präsenten Themen verweisen auch auf stadtpolitische Debatten in weiteren Bereichen: auf „Klassiker“ wie Drogen, Prostitution, Mieten, Sicherheit und Repression, auf scheinbar Banales wie öffentliche WCs und auf Grundlegendes wie die Verkehrs- und Stadtplanung. In diesem Papier möchten wir auf einiges davon eingehen.

Sozialdemokratie im Clinch

Für uns JUSOs zeigt sich anhand des Themenfeldes „Stadt-Leben“ eine grundsätzliche Spannung in der heutigen politischen Haltung der Sozialdemokratie: Macht die SP nur noch Politik für die Mittelschicht und versteht unter „Urbanität“ ein Dienstleistungsdasein in Clean City, rundum überwacht und aufgelockert höchstens noch durch Rambazamba-Grossanlässe? Oder beharrt sie auf dem emanzipatorischen Ideal, dass zu einem wirklich urbanen Leben alle dazugehören: arm und reich, jung und alt, Mann, Frau und alles dazwischen, hetero, homo und bi, mit und ohne Schweizer Pass, mit und ohne Kinder, Nichtraucher, Raucherinnen und solche die noch härtere Substanzen konsumieren, nach Parfum und nach Frühschoppen duftende Mitmenschen...? **Für uns ist „Law and Order“ keine Option. Im Bereich des unmittelbaren Zusammenlebens stehen wir ein für mehr Toleranz und weniger Repression.**

Die SP befindet sich aber nicht nur im Clinch zwischen Ruhe und Ordnung einerseits, toleranter und offener Gesellschaft andererseits, sondern auch zwischen wirtschaftlicher Liberalisierung und sozialer Verantwortung. Zum urbanen Leben gehören beispielsweise längere Öffnungs- und somit auch Arbeitszeiten in Gastronomie

oder Detailhandel und im Kulturbereich. **Wie begegnen wir der damit einhergehenden Veränderung der Arbeitsbedingungen, oder, anders gefragt: Wie können wir unseren urbanen Lebensstil sozial gestalten?** Wir wissen, dass von Liberalisierungen im Wirtschafts- und Arbeitsrecht in erster Linie die oberen Schichten profitieren, während die Angestellten zu den Verlierern gehören. Um dies zu verhindern, sind „flankierende Massnahmen“ ein Muss: allgemeinverbindliche Gesamtarbeitsverträge mit Mindestlöhnen und festgelegten Lohnzuschlägen, die Reglementierung der zusätzlichen Öffnungszeiten und besondere Schutzmassnahmen für Lehrlinge und jugendliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Wichtig ist auch der Grundsatz der Freiwilligkeit – niemand darf dazu gezwungen werden, am Abend oder am Sonntag zu arbeiten.

WER LEBT ZÜRICH... UND WIE?

Das Stadtleben hat verschiedene Facetten. Täglich bewegen wir uns im öffentlichen Raum. Auf dem Weg zur Arbeit, zur Schule oder im Ausgang begegnen wir anderen Menschen. Auf einzelne Aspekte, die unser (Zusammen-) Leben in Zürich bestimmen, wollen wir im Folgenden eingehen.

Sicherheit, was ist das?

Sicherheit ist eine gesamtgesellschaftliche Angelegenheit, die sich nicht einfach mit mehr Repression und „präventiver“ Polizeiarbeit (d.h. breit angelegter Überwachung und Kontrolle) herstellen lässt. **Soziale Unsicherheit – beispielsweise als Folge von zu niedrigen Löhnen oder (Jugend-)Arbeitslosigkeit – ist unserer Meinung nach die erste Ursache von Gewalt, Intoleranz und Ausgrenzung.** Wenn jeder und jede in unserer Stadt die Möglichkeit hätte, für seinen oder ihren Unterhalt – finanziell, sozial, kulturell, emotional – zu sorgen, dann wäre die Ausgangslage eine andere. In diesem Sinne fordern wir: „Mindestlohn statt Repression!“

Repression und „Prävention“ contra menschenrechtsgerechte Polizeiarbeit

Zürich ist eine liberale Stadt – aber auch eine repressive Stadt. Fremdenfeindlichkeit und Vorurteile gibt es auch im Polizeikorps. Das kann das Leben für Ausländerinnen und Ausländer – bzw. für diejenigen, die (scheinbar) als solche erkennbar sind – in gewissen Quartieren zum Spiessrutenlauf machen. Eine Möglichkeit, dies zu ändern, kann ein „bunteres“ **Polizeikorps** sein – mit mehr Frauen, Ausländerinnen und Ausländern oder Homosexuellen.

Die Kriminalstatistiken sind schwierig zu interpretieren. Einerseits werden Jugendliche, gerade auch im Ausgang, oft auf brutalere Weise gewalttätig als früher. Andererseits ist beispielsweise die Beschaffungskriminalität seit den Zeiten der offenen Szene stark zurückgegangen. Wir bestreiten nicht, dass es im öffentlichen Raum ein gewisses Mass an Repression braucht – insbesondere gegen brutale Schlägertypen, aber auch gegen Diebe, Parksünder und andere kriminelle Zeitgenossen. **Diese Repression muss sich aber gezielt gegen Täter und Täterinnen richten und nicht „präventiv“ gegen alle, die sich in den Augen der Staatsgewalt irgendwie verdächtig verhalten.**

Es kann nicht sein, dass ein frecher Spruch oder das Herumschieben eines Abfallcontainers dazu führt, dass man für mehrere Jahre mit detaillierten Angaben in einer Datenbank landet und entsprechende Repressalien zu erwarten hat. Genau dies plant der Stadtrat aber mit der Schaffung der **neuen städtischen „Hooligan-**

Datenbank“ und des darin neu eingeführten Verdächtigungs-Begriffs der „gewaltsuchenden“ Personen.

Ähnliche Bedenken sind angesichts diverser Artikel im **neuen kantonalen Polizeigesetz** angebracht. Insbesondere dass die Polizei Personen von bestimmten Orten wegweisen darf, wenn diese nach Dafürhalten der Beamten „Dritte [...] an der bestimmungsgemässen Nutzung des öffentlich zugänglichen Raumes hindern“, ist eines Rechtsstaates unwürdig – gerade, wenn man sich vor Augen hält, dass dem Regierungsrat in seiner Weisung dazu folgendes Beispiel einfällt: „Die Bestimmung dürfte etwa dann angewendet werden, wenn alkoholisierte Personen mit Hunden einen Durchgangsort für andere Personen versperren und diese damit zwingen, einen Umweg zu machen, um an ihr Ziel zu gelangen.“ Wäre ja noch schöner, dass man an der Shoppingmeile einen Bogen um ein paar Punks machen müsste – die sich scheinbar bevorzugt an engen „Durchgangsorten“ aufhalten... **Eine solche Vertreibung „unliebsamer“ Personen aus dem öffentlichen Raum lehnen wir ab.** Ebenso bekämpfen wir die im Polizeigesetz vorgesehene verdeckte Videoüberwachung des öffentlichen Raumes, zumal Studien zeigen, dass sich die Kriminalität jeweils höchstens von überwachten Orten an unüberwachte verlagert. **Wir wollen keinen Schnüffelstaat.**

Dass sich Repression nach dem Leitmotiv „**auf frischer Tat ertappt**“ gegen tatsächlich Straffällige richten muss und nicht „präventiv“ gegen gemäss vagen Kategorien Verdächtige, ist einer der Grundsätze der **menschenrechtsgerechten Polizeiarbeit**, wie sie Amnesty International propagiert. Eine solche würde nicht zuletzt mithelfen, Fehler in der Polizeiarbeit, wie sie auch in Zürich in den vergangenen Jahren immer wieder angeprangert worden sind, zu vermeiden. Es ist wohl kein Zufall, dass der neue Polizeibericht von Amnesty International mehrere konkrete Fallbeispiele aus der Arbeit der Stadtpolizei Zürich nennt. Um eine menschenrechtsgerechte Polizeiarbeit umzusetzen, sind entsprechenden Ressourcen bereitzustellen.

Es ist skandalös, dass weiterhin die Grundlage für eine **unabhängige Beschwerde-stelle für Polizeiübergriiffe** fehlt – und dass sich die zuständigen Instanzen standhaft weigern, eine solche zu schaffen. Anzeigen gegen die Polizei müssen heute bei der Polizei selber eingereicht werden. Dass dies entsprechenden Klagen nicht eben überragende Erfolgsaussichten beschert, kann man sich vorstellen und lässt sich auch nachweisen: Nur sehr selten endet ein Strafverfahren gegen eine Polizistin oder einen Polizisten mit einem Schuldspruch – sofern denn überhaupt Anklage erhoben wird.

Drogen und Gesundheit

Die Losung „aus den Augen, aus dem Sinn“ zieht nicht. **Die „drogenfreie Gesellschaft“ ist eine Illusion. Drogen gehen uns alle an.** Wir fordern die **vollständige Legalisierung aller Drogen unter ärztlicher Kontrolle und einen Ausbau der Prävention** im Rahmen des drogenpolitischen Vier-Säulen-Systems (Prävention, Therapie, Schadenminderung, Repression). Erste Priorität hat die sofortige Entkriminalisierung von Cannabis. Es ist unverständlich, dass eine entsprechende Revision des Betäubungsmittelgesetzes auf Bundesebene immer wieder kläglich scheitert und weiterhin weite Teile der Schweizer Bevölkerung kriminalisiert werden, insbesondere junge Menschen.

Es braucht mehr Prävention, sowohl für harte als auch für weiche Drogen. Ziel ist ein selbstverantwortlicher Umgang mit Drogen – und nicht die Illusion von Abstinenz und „Sauberkeit“. **Deshalb können wir mit Gesundheitsfimmel und Anti-**

Raucher-Hysterie nichts anfangen. Unfaire Preispolitik der Krankenkassen – beispielsweise höhere Prämien für Übergewichtige – lehnen wir ab.

Prostitution

Prostitution ist ein Fakt. Noch so viel Sitte und Moral richten hier nichts aus. **Wir wollen, dass alle Prostituierten unter menschenwürdigen Bedingungen leben und arbeiten können. Sexarbeit ist als Erwerbsarbeit wie andere zu schützen und zu regeln.** Auf die schikanöse Ausländergesetzgebung auf Bundesebene sowie die Thematik Menschenhandel gehen wir hier nicht näher ein. Aber auch in der Stadt lässt sich einiges tun: Die entsprechenden Projekte (Bus, Isla Victoria, etc.) sollen ausgebaut werden. **Gewalt gegen SexworkerInnen muss verhindert werden.** Der Strassenstrich darf deswegen auf keinen Fall in menschenleere Gebiete (beispielsweise Industriezonen) verdrängt werden. **Auch auf Freierseite braucht es Prävention und Information.** Die Bemühungen, Freier in Projekte zur Bekämpfung von Menschenhandel und Ausbeutung sowie im Gesundheitsbereich miteinzubeziehen, müssen verstärkt werden.

Nachtleben

Saubere Bürger empören sich über Darkrooms, in Klubs finden Drogenrazzien statt, Lärmklagen häufen sich... Mit „Safer Clubbing“ haben die Klubbetreiber selber die Initiative ergriffen, was wir begrüßen. Es ist in unseren Augen die einzig mögliche Lösung für Probleme, die im städtischen Nachtleben durchaus vorhanden sind. Insbesondere brutale Schlägereien unter alkoholisierten Klubgängern dürfen, wie alles, was Unbeteiligte gefährdet, nicht toleriert werden. **Was innerhalb einer einvernehmlichen Szene passiert, geht Aussenstehende jedoch nichts an** – auch nicht die Stadtpolizei, die sich offenbar brennend für das Innenleben von Darkrooms interessiert...

Eine moralisierende Politik mit unendlichen Vorgaben und Vorschriften macht das Zürcher Nachtleben nicht sicherer, sondern löscht uns ab. Wir wollen **Liberalität von Seiten der Stadt, Selbstregulierung der Klubszene** und wir gehen weiterhin aus...

Gratis Wasser lassen

Die Verrichtung eines natürlichen Bedürfnisses soll kostenlos sein. **Alle öffentlichen WCs sollen deshalb gratis zugänglich und über Steuern finanziert werden.** Die Pisserei ins Gebüsch fördert den Standort Zürich auch nicht gerade... Gleichzeitig soll die moralisierende Sittenkontrolle endlich aufhören! Das Pissoir am Zweierplatz wurde geschlossen, weil sich dort – offenbar – Schwule zum Sex trafen. Wer hat sich beschwert? Solange ein Pissoir weiterhin als solches genutzt werden kann und alles einvernehmlich vor sich geht, hat das die Stadt überhaupt nicht zu interessieren.

Stadtwelt = Umwelt

Natürlich spielen im öffentlichen Raum auch viele weitere Aspekte eine Rolle – in erster Linie denken wir hier an Umwelt- und Verkehrsfragen. Wir gehen hier jedoch nicht näher darauf ein – nicht zuletzt, weil dieser Bereich zumindest innerhalb der Linken sehr viel weniger kontrovers ist, als die oben thematisierten Punkte: **Alle, die in 20 Jahren noch atmen und leben wollen, sind für Verkehrsreduktion, für ÖV und Langsamverkehr, für griffige Luft- und Lärmschutzverordnungen und für grüne Lungen!**

PLANEN, UM ZU LEBEN?

Nicht vom Stadtleben trennen lässt sich die Stadtentwicklung. Dabei geht es einerseits um Struktur und Aussehen der Stadt, andererseits um die Frage: Wer hält sich wo auf? Oder auch: Wer ist wo erwünscht? **Die JUSO lehnt jede Ghettoisierung ab – sowohl bei den „Armen“ als auch im Luxussegment.** Statt internationaler Luxusketten könnte auch einmal ein Fixerstübli an der Bahnhofstrasse einziehen. Soziale und funktionale Durchmischung (Wohnen, Leben, Arbeiten) sind zentral für ein lebenswertes Zürich. Dazu gehören – neben den grossen Würfeln im Bereich der städtischen Strukturen und öffentlichen Bauten – auch **genügend zahlbare Wohnungen!** Die Förderung des gemeinnützigen Wohnbaus ist für uns deshalb zentral. Im Folgenden soll es jedoch in erster Linie um die Planung der grossen Strukturen gehen.

Mitbestimmung der Bevölkerung

Öffentlicher Raum ist Raum für alle. **Deshalb braucht es auch die Mitbestimmung von allen.** Bei Gross- und Kleinprojekten, seien es Umgestaltungen von Plätzen oder ganzen Stadtteilen, Grünräume oder Sportanlagen, muss die Bevölkerung ihre Sicht einbringen können. **Speziell junge Leute, Jugendliche und Kinder sollen mitbestimmen können** – sonst fallen ihre Anliegen meist als erstes unter den Tisch. Die vorhandenen Instrumente der Mitbestimmung müssen deshalb ausgebaut werden. In den Quartieren muss die Bevölkerung als Ganzes miteinbezogen werden. Statt klügelhafter Quartiervereine als selbsternannte Vertreter der Bevölkerung brauchen wir echte Quartierdemokratie mit Quartierkommissionen, wie sie auch die neue Kantonsverfassung vorsieht.

Was plant die Stadt?

Brauchen wir wirklich ein integrales Konzept für den öffentlichen Raum? Oder heisst dies einfach wieder: „Erlaubt ist, was nicht stört“? Vielen der im Papier „Stadträume 2010“ der Stadt aufgeführten Aspekte können wir zustimmen, in diesem Punkt bleiben wir jedoch skeptisch. Ebenso gilt es, der Verdrängung alteingesessener BewohnerInnen, den einseitigen Quartier-„Aufwertungen“ der Reichen und Schönen und der damit verbundenen Erhöhung der Mietpreise etwas entgegenzusetzen. **Denn wenn wir etwas nicht wollen, sind es Luxusmonotonie und ein Zürich nur für Reiche.** „Kommerz, Kommerz, Kommerz“, singen die Geschäftsinhaber, aber in diesen Chor mögen wir nicht einstimmen. Nicht aus jedem Standort muss „eine Adresse gemacht werden“, wie es in einer Präsentation zum Thema viel sagend heisst.

Ist Zürich gebaut?

In Zürich wird gebaut: Kongresshaus, Polizei- und Justizzentrum, Ergänzungsbau Kunsthaus, Stadtraum HB, Toni-Areal, Tramdepots Escher-Wyss und Kalkbreite... dies sind nur einige Projekte und Orte, wo grosse Veränderungen anstehen. Bei den meisten Projekten wird heftig diskutiert, was möglich und wünschbar ist. Ohne auf alle einzelnen Projekte einzugehen, halten wir fest: **Grundsätzlich finden wir es problematisch, dass – und wie – viele der genannten Projekte miteinander verknüpft sind:** „Nur wenn hier A abgerissen werden kann, kann Projekt B realisiert und somit C an einem dritten Standort ermöglicht werden.“ Mit einer solchen Politik schafft die Stadtregierung Sachzwänge, die eine objektive Diskussion über die einzelnen Projekte erschweren.

Kaserne für's Volk!

Ein Beispiel für diese Politik ist der Zusammenhang zwischen der Neunutzung des Kasernenareals, dem geplanten Polizei- und Justizzentrum auf dem Areal des Güterbahnhofs und der Kongresshausdebatte. Wir sind der Meinung: Die Kaserne soll umgenutzt oder abgerissen werden, das „provisorische“ Gefängnis muss weg! **Die Zeughäuser sind für kulturelle Nutzungen zu erhalten. Die Freiräume im Zeughaushof und auf der Kasernenwiese sind der Quartierbevölkerung unbeschränkt zugänglich zu machen.** Anstelle der Kaserne ist ein Neubau denkbar, der jedoch nur öffentliche Nutzungen beherbergen darf – also kein Kongresszentrum nur für geladene und zahlungskräftige Gäste.

ZÜRI FÜRS VOLK!

Die JUSO steht ein für ein lebendiges Zürich ohne Ghettoisierung und Sicherheitswahn. Der Titel des legendären Stadtbuches „Züri fürs Volk“ ist für uns weiterhin aktuell. Auf allen Ebenen – im Parlament, auf der Strasse und nicht zuletzt innerhalb der SP – kämpfen wir für unsere Vorstellungen von öffentlichem Raum, Stadtplanung und urbanem Leben. Denn erlaubt soll nicht nur das sein, was nicht stört. Wir erlauben uns, zu stören – und damit zu einem Zürich für alle beizutragen.

Verabschiedet von der Vollversammlung der JUSO Stadt Zürich vom 11. Dezember 2007.

Quellen und Unterlagen

- Statistik Stadt Zürich (Hg.), Stadtentwicklung zwischen Koordination und Selbstorganisation. Auswirkungen öffentlicher Bautätigkeiten auf die Investitionsentscheide privater Grundeigentümer, Nummer 6/2007.
- Amnesty International (Hg.), Polizei, Justiz und Menschenrechte. Polizeipraxis und Menschenrechte in der Schweiz. Anliegen und Empfehlungen von Amnesty International, Bern 2007.
- Staatskanzlei des Kantons Zürich, Antrag des Regierungsrates, Polizeigesetz (PolG), Zürich 2006.
- Stadt Zürich (Hg.), Stadträume 2010. Strategie für die Gestaltung von Zürichs öffentlichem Raum, Zürich 2006 (www.stadt-zuerich.ch/ted).
- Christoph Ackeret, Wie werden Innenstadt-Standorte gute Adressen? Präsentation – Anlass Innenstadt-Standortentwicklung, 28. März 2007.
- Storchengasse wurde zur Luxusmeile (Gespräch mit Marc-Christian Riebe), in: Tages-Anzeiger vom 20. April 2007.